



13. Dezember 2011

Panama: Nach der Auslieferung von Manuel Noriega werden neue Ermittlungen dringend erforderlich



Panamas früherer Militärmachthaber Manuel Noriega wird zahlreicher Menschenrechtsverletzungen beschuldigt.
© Guillermo Johnson/Demotix

Die Behörden von Panama müssen neue Ermittlungen wegen Manuel Noriega's Rolle in einer ganzen Kette von Menschenrechtsverletzungen in Gang setzen, die in die 1960er Jahre zurückreichen, erklärte Amnesty International heute, nachdem der frühere Militärführer von Frankreich ausgeliefert wurde.

Nach seiner Ankunft in Panama am Sonntagabend wurde der 77jährige Ex-General direkt in ein Gefängnis gebracht, wo er sich wegen der Tötung von politischen Gegnern und anderer Anklagen mit einer längeren Haftstrafe konfrontiert sieht.

Amnesty International fordert strafrechtliche Ermittlungen, um das volle Ausmaß seiner Verwicklung in Menschenrechtsverbrechen zu enthüllen – einschließlich des gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschen und außergerichtlicher Hinrichtungen.

"Es bedarf neuer Ermittlungen in Bezug auf Manuel Noriega's Rolle bei schweren Menschenrechtsverletzungen vor und während seiner Amtszeit", betonte Sebastian Elgueta, Zentralamerika-Experte bei Amnesty International.

"Die Gerichte sind es den Opfern schuldig, das Ausmaß seiner Verwicklung in diese Fälle zu klären, die sich während mehrerer Dekaden ereigneten."

Noriega war seit 1983 der de facto-Militärführer Panamas, bis ihn US-Truppen im Dezember 1989 entmachteten. Seither haben panamaische Gerichte ermittelt, ihn angeklagt und in Abwesenheit wegen der Tötung politischer Gegner, ungesetzlicher Festnahmen und verschiedener anderer Misshandlungen verurteilt. Zu den Tötungen zählen die Ermordung des damaligen Vize-Gesundheitsministers Dr. Hugo Spadafora im Jahre 1985 und die Erschießung von Major Girolodi Vera, den Anführer eines gescheiterten Putschversuchs im Oktober 1989.

Weitere Zuwiderhandlungen betreffen die übermäßige Gewaltanwendung von Sicherheitskräften bei öffentlichen Protesten im Jahr 1987, Polizeieinsatz mit tödlichem Ausgang bei Wahlen im Mai 1989, sowie das "Albrook-Massaker" im Oktober 1989, bei dem zwölf an dem Putschversuch von Major Moisés Girolodi Vera Beteiligte erschossen wurden.

Amnesty International fordert neue Ermittlungen sowohl wegen dieser Verbrechen als auch wegen Noriegas angeblicher Verwicklung in Verbrechen nach internationalem Recht vor seiner Militärherrschaft.

Dazu zählen das gewaltsame Verschwindenlassen von Everett Clayton Kimble und Luis Quiroz Morales in den Jahren 1968 und 1969 sowie die Entführung und außergerichtliche Hinrichtung von Heliodoro Portugal durch Staatsbedienstete im Jahr 1970.

Nach Ansicht von Amnesty International sollten in Abwesenheit gefällte Urteile vermieden werden, es sei denn der Angeklagte entfernt sich nach Prozessbeginn.

"Manuel Noriega sollte vor einem Gericht anwesend sein, um die Anklagepunkte zu hören und in der Lage zu sein Fakten zu widerlegen und sich zu verteidigen. Andernfalls werden an der Vertrauenswürdigkeit eines gesprochenen Urteils Zweifel bleiben und das Recht nicht erkennbar werden", sagte Sebastian Elgueta.

2010 wurde Noriega von den USA an Frankreich ausgeliefert, wo er 1999 in Abwesenheit zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war. Seinerzeit war er wegen Geldwäsche von Millionen Euros über französische Banken verurteilt worden. Zuvor hatte Noriega 20 Jahre lang in einem US-Gefängnis gesessen, nachdem er wegen Drogenhandels, Geldwäsche und organisierter Kriminalität verurteilt worden war.

Quelle: <http://www.amnesty.org/en/news/panama-fresh-investigations-urged-after-manuel-noriega-extradition-2011-12-13-0>